Ortsgemeinde Ettringen

Vorlage Nr. 025/366/2020

Beschlussvorlage

TOP

**Bauantrag auf Nutzungserweiterung für Einzelhandel mit Natur- und Kunststeinen
Erneute Beratung über das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB**

Verfasser:
Bearbeiter: Jörg Gäb
Fachbereich: Fachbereich 1

Datum:
26.10.2020

Aktenzeichen:

Telefon-Nr.:
02651/8009-36

Gremium	Status	Termin	Beschlussart
Ortsgemeinderat	öffentlich	04.11.2020	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ortsgemeinderat beschließt, zu dem Bauantrag auf Nutzungserweiterung für Einzelhandel mit Natur- und Kunststeinen in Ettringen, Flur 5, Flurstück 735/2, das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 i.V.m. § 31 Abs. 2 BauGB zur Errichtung der Ausstellungsflächen außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sowie zu der ausnahmsweisen Zulassung der gewerblichen Nutzung gemäß § 36 BauGB i.V.m. § 31 Abs. 1 BauGB nunmehr zu erteilen / weiterhin nicht zu erteilen.

Etwaige Anträge:

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

☐	☐	Ja	Nein	Enthaltung	☐	☐
Ein- stimmig	Mit Stimmenmehrheit				Laut Beschlussvor- schlag	Abweichender Beschluss

Sachverhalt:

Der Antragsteller beabsichtigt seinen Nebenerwerbsbetrieb in Ettringen, Flur 5, Flurstück 735/2 um Ausstellungsflächen zu erweitern.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Um den Wingertsberg, 3. Änderung. Die beantragte Erweiterung des genehmigten gewerblichen Betriebes ist in dem hier festgesetzten Allgemeinen Wohngebiet nur Ausnahmsweise zulässig. Da die Ausstellungsflächen zu dem die Baugrenzen überschreiten ist eine Befreiung hiervon erforderlich.

Der Ortsgemeinderat hat diesen Bauantrag bereits am 08.01.2020 behandelt und das gemeindliche Einvernehmen versagt. Gegen die folgende Ablehnung der Baugenehmigung hat der Antragsteller Widerspruch erhoben.

Der Kreisrechtsausschuss hat am 03.09.2020 einen Ortstermin abgehalten. Gemäß beigefügtem Protokoll und dem ergänzenden Schreiben der Vorsitzenden vom 05.10.2020, kommt der Kreisrechtsausschuss zu dem Ergebnis, dass die beantragte Befreiung/Ausnahme zulässig sei und beabsichtigt, das versagte Einvernehmen der Ortsgemeinde zu ersetzen. Vorab wird der Gemeinde nochmals Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben.

Der Ortsgemeinderat kann nunmehr erneut über das Einvernehmen hierzu entscheiden.

Sofern die Gemeinde bei Ihrer Entscheidung bleibt und der Kreisrechtsausschuss das Einvernehmen der Gemeinde tatsächlich ersetzt, kann die Gemeinde gegen die erteilte Baugenehmigung im Klageweg vorgehen.

Finanzielle Auswirkungen?				
☐ Ja ☐ Nein				
Veranschlagung				
☐ Ergebnishaushalt 20	☐ Finanzhaushalt 20	☐ Nein	☐ Ja, mit €	Buchungsstelle:

Anlagen:

Protokoll u. Schreiben KRA